

No. 32767

---

**GERMANY  
and  
ALBANIA**

**Treaty concerning the encouragement and reciprocal protection of investments (with protocol and exchange of notes). Signed at Bonn on 31 October 1991**

*Authentic texts: German and Albanian.*

*Registered by Germany on 3 April 1996.*

---

**ALLEMAGNE  
et  
ALBANIE**

**Traité relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements (avec protocole et échange de notes). Signé à Bonn le 31 octobre 1991**

*Textes authentiques : allemand et albanais.*

*Enregistré par l'Allemagne le 3 avril 1996.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
UND DER REPUBLIK ALBANIEN ÜBER DIE FÖRDERUNG  
UND DEN GEGENSEITIGEN SCHUTZ VON KAPITALAN-  
LAGEN

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Albanien –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, die in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht der jeweiligen Vertragspartei angelegt werden, insbesondere
  - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
  - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
  - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
  - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen; Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;

- e) Rechte aus öffentlich-rechtlichen Verträgen einschließlich Rechte zur Aufsuchung und Gewinnung natürlicher Ressourcen;  
eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:  
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.
- b) in bezug auf die Republik Albanien:  
Albaner im Sinne des Dekrets 1874 vom 7. Juni 1954;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:  
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Hoheitsgebiet hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
- b) in bezug auf die Republik Albanien:  
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im albanischen Hoheitsgebiet hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

## Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

### Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

### Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteig-

nung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine nicht weniger günstige Behandlung als Staatsangehörige oder Gesellschaften dritter Staaten.

#### Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

#### Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese

Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

#### Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs darf nicht wesentlich von dem Kreuzkurs (cross rate) abweichen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte an dem Tag zugrunde legen würde, an dem die Transferierungen erfolgen.

#### Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

#### Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

#### Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

### Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, sowie möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 2 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sein denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

### Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.



### Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Tirana ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 31. Oktober 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und albanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik  
Deutschland:

HANS-DIETRICH GENSCHER

Für die Republik  
Albanien:

MUHAMET KAPLLANI

## PROTOKOLL

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteil des Vertrags gelten:

## (1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

## (2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei zugelassen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

## (3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: eine unterschiedliche Behandlung beim Bezug von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, eine unterschiedliche Behandlung beim Absatz von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Existenz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Bonn am 31. Oktober 1991 in zwei Urschriften,  
jede in deutscher und albanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut  
gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik  
Deutschland:  
HANS-DIETRICH GENSCHER

Für die Republik  
Albanien:  
MUHAMET KAPLLANI

[ALBANIAN TEXT — TEXTE ALBANAIS]

**MARREVESHJE NDERMJET REPUBLIKES FEDERALE TE GJER-  
MANISE DHE REPUBLIKES SE SHQIPERISE MBI NXITJEN  
DHE MBROJTJEN E NDERSJELLTE TE INVESTIMEVE**

Republika Federale e Gjermanise

dhe

Republika e Shqiperise,

me deshiren per te thelluar bashkepunimin ekonomik ndermjet  
te dy shteteve,

me synim per te krijuar kushte te pershtatshme per investimet  
nga shtetas ose shoqeri te nje shteti ne territorin e shtetit tjetër,

duke e njohur faktin, qe nxitja dhe mbrojtja kontraktuale e ketyre  
investimeve jane te pershtatshme per te gjalleruar iniciativen  
private ekonomike dhe per te rritur mireqenien e dy popujve,

u muarren vesh si me poshte:

**Neni 1**

Per qellimet e kesaj Marreveshjeje:

1. Termi "Investim" perfshin vlera pasurore te çdo lloji qe investohen ne perputhje me legjislacionin e brendshem te seciles pale kontraktuese, veçanerisht:
  - a) Pronesine ne sendet e levizeshme dhe te palevizeshme, si te drejta materiale si, hipotekat dhe te drejta pengu.
  - b) E drejta e aksioneve ne shoqerite dhe lloje te tjera pjese-marrjesh ne shoqerite;
  - c) Pretendime per para, qe jane perdorur per krijimin e nje vlere ekonomike ose pretendime per sherbimet te cilat kane nje vlere ekonomike.
  - d) Te drejta te pronesise intelektuale, veçanerisht e drejta e autorit, patenta, mostra perdorimi, mostra tregtare dhe modele, marka, emera tregtare, sekrete te ndermarrjes dhe te veprimtarise ekonomiko-financiare, teknologji, know-how dhe "good will".

- e) Te drejta nga marreveshjet e se drejtes publike duke perfhire te drejtat per eksplorimin dhe shfrytezimin, nxjerrjen e pasunive natyrore.
- Nje ndryshim i formes ne te cilen investohen vlera pasurore le te paprekur cilesine e saj si investim.
2. Termi "te ardhura" nenkupton ato shuma qe i perkasin nje investimi per nje peridudhe kohe te caktuar, si pjeset e fitimit, dividend, interesat, pagesa per licenca ose pagesa te tjera.
3. Termi "shtetas" nenkupton:
- a) Ne lidhje me Republikën Federale te Gjermanise:  
gjermane ne kuptimin e Ligjit Themelor per Republikën Federale te Gjermanise.
- b) Ne lidhje me Republikën e Shqiperise:  
shqiptare, ne kuptimin e dekretit Nr. 1874 date 7. 6. 1954.
4. Termi "shoqeri" nenkupton:
- a) Ne lidhje me Republikën Federale te Gjermanise:  
çdo person juridik si dhe çdo shoqeri tregtare, shoqeri tjeter apo bashkim me ose pa personalitet juridik, e cila ka seline e vet ne territorin gjerman, pavaresisht ne se aktiviteti i tyre drejtohet ose jo mbi bazen e fitimit.
- b) Ne lidhje me Republikën e Shqiperise:  
çdo person juridik si dhe çdo shoqeri tregtare ose shoqeri tjeter ose bashkim me ose pa personalitet juridik, e cila ka seline e vet ne territorin shqiptar, pavaresisht ne se aktiviteti i tyre drejtohet ose jo mbi bazen e fitimit.

## Neni 2

1. Çdo Pale Kontraktuese do te nxise sipas mundesive ne territorin e saj investime nga shtetas ose shoqeri te Pales tjeter Kontraktuese dhe i lejon keto investime ne perputhje me rregullat e saja juridike. Ajo ne çdo rast do te trajtoje investimet ne menyre te drejte dhe te barabarte.

2. Nje Pale Kontraktuese nuk do te preke ne asnje menyre administrimin, perdorimin ose shfrytezimin e investimeve te shtetasve ose shoqerive te Pales tjeter Kontraktuese ne territorin e saj nepermjet masave arbitrare ose diskriminuese.

### Neni 3

1. Çdo Pale Kontraktuese i trajton investimet ne territorin e saj te cilat jane nen pronesi ose nen influencen e shtetasve ose shoqerive te Pales tjeter, ne menyre jo me pak te favorizuar se sa investimet e shtetasve apo shoqerive te veta dhe shtetasve dhe shoqerive te shteteve te treta.

2. Çdo Pale Kontraktuese i trajton shtetasit apo shoqerite e Pales tjeter Kontraktuese, persa i perket aktivitetit te tyre lidhur me investimet ne territorin e saj, ne menyre jo me pak te favorizuar se sa shtetasit dhe shoqerite e veta apo shtetasit dhe shoqerite e shteteve te treta.

3. Ky trajtim s'ka te beje me privilegjet qe nje Pale Kontraktuese i jep shtetasve apo shoqerive te shteteve te treta per shkak te anetaresise se tyre ne nje bashkim doganor ose ekonomik, ne nje treg te perbashket ose ne nje zone te lire tregtare, ose per shkak te asocimit te saj perkates.

4. Trajtimi qe sigurohet ne kete nen s'ka te beje me favorizimet, te cilat nje Pale Kontraktuese u jep shtetasve apo shoqerive te vendeve te treta mbi bazen e nje marreveshjeje per tatimin e dyfishte ose marreveshje te tjera per çeshtje fiskale.

### Neni 4

1. Investimet e shtetasve apo shoqerive te nje Pale Kontraktuese gezojne ne territorin e Pales tjeter Kontraktuese mbrojtje dhe siguri te plote.

2. Investimet e shtetasve apo te shoqerive te nje Pale Kontraktuese ne territorin e Pales tjeter Kontraktuese lejohen te shproneshohen, te shtetezohen ose t'u nenshtrohen masave te tjera, te cilat ne ndikimin e tyre jane njelloj si nje shpronosim ose shtetezim vetem per te miren e pergjithshme dhe perkundrejt çdemtimimit. Çdemtimi duhet t'i pergjigjet vleres qe ka pasur investimi i shpronosuar menjehere para kohes se shpalljes faktike apo te kercenimit te masave per shpronosimin, shtetezimin ose te masave te ngjashme me to. Çdemtimi duhet te behet pa vonese duke shtuar kamatat ne perputhje me interesat bankare qe jane ne perdorim deri ne kohen e pageses; ai duhet te jete faktikisht i shfrytezueshem dhe lirisht i transferueshem. Jo me vone se ne kohen e shpronosimit, shtetezimit apo masave te ngjashme, duhet te tregohet kujdes i pershtatshem per percaktimin dhe perballimin e çdemtimimit. Ligjshmeria e shpronosimit, shtetezimit apo masave te ngjashme si dhe shuma e çdemtimimit duhet te shqyrtohen nepermjet nje procedure te rregullt ligjore.

3. Shtetasve apo shoqerive te nje Pale Kontraktuese, te cileve per shkak te nje lufte ose konflikteve te tjera te armatosura, revolucionit, gjendje e jashtezakoneshme shtetore ose rebelim ne territorin e Pales tjeter Kontraktuese u shkaktohen humbje ne investime, Pale Kontraktuese, persa i perket çdemtimit, demshperblimit, çdemtimeve ose sherbimeve te tjera, i trajton ne menyre jo me pak te favorshme se sa shtetasit apo shoqerite e veta. Pagesa te tilla duhet te jene te transferueshme lirisht.

4. Lidhur me çeshtjet qe rregullohen sipas ketij neni, shtetasit ose shoqerite e njeres Pale Kontraktuese gezojne nje trajtim jo me pak te favorizuar ne territorin e Pales tjeter Kontraktuese se sa shtetasit ose shoqerite e shteteve te treta.

#### Neni 5

Çdo Pale Kontraktuese u siguron shtetasve ose shoqerive te Pales tjeter Kontraktuese transferimin e lire te pagesave qe kane te bejne me nje investim, veçanerisht sidomos:

- a) te kapitalit dhe shumave shtese per mirembajtjen dhe zgjerimin e investimit;
- b) te ardhurat;
- c) per kthimin e huave;
- d) te fitimit ne rastin e likuidimit te plote ose te pjesshem ose shitjes se investimit;
- e) te çdemtimeve te parashikuara ne nenin 4.

#### Neni 6

Kur nje Pale Kontraktuese kryen per shtetasit apo shoqerite e saj pagesa per garantimin e nje investimi ne territorin e Pales tjeter Kontraktuese, atehere pa demtuar te drejtat e Pales se pare Kontraktuese sipas nenit 10, Pala tjeter njeh bazuar ne forcen e ligjit ose te ndonje marreveshjeje juridike, kalimin e te gjitha te drejtave apo pretendimeve te ketyre shtetasve apo shoqerive Pales se pare Kontraktuese. Me tej, Pala tjeter Kontraktuese njeh hyrjen e Pales se pare Kontraktuese ne te gjitha keto te drejta dhe pretendime (kalimin e pretendimeve), te cilat Pala e pare Kontraktuese ka te drejte t'i ushtroje ato ne te njejten mase si paraardhesi i saj juridik. Per transferimin e pagesave per shkak te detyrimeve te mbartura vlejne perkatesisht neni 4 paragrafet 2,3 dhe neni 5.



## Neni 7

1. Transferimet sipas nenit 4 paragrafi 2 ose 3, nenit 5 ose 6 kryhen pa vonese me kursin respektiv ne fuqi ne ditën e transferimit.

2. Ky kurs nuk duhet te kete devijime esenciale nga kursi kryq (cross rate), qe resulton nga ato kurse perlogaritese te cilat do t'u bazoheshin atyre te Fondit Monetar Nderkombetar te monedhave perkatese ne te Drejten e Terheqjes Speciale ne ditën qe kryhen transferimet.

## Neni 8

1. Ne rast detyrimesh qe rrjedhin nga dispozitat ligjore te nje Pale Kontraktuese ose nga e drejta nderkombetare, te cilat qendrojne krahas kesaj marreveshjeje midis Paleve Kontraktuese ose qe do te lindin ne te ardhmen, ekziston nje rregullim i pergjithshem ose i veçante, nepermjet te cilit investimeve te shtetasve ose shoqerive te Pales tjeter Kontraktuese duhet t'u sigurohet nje trajtim me i favorshem se sa sipas kesaj Marreveshjeje, atehere ky rregull i paraprin kesaj Marreveshjeje ne ate mase, qe konsiderohet e favoreshme.

2. Çdo Pale Kontraktuese do t'i permbahet çdo detyrimi tjeter te cilën ajo ka marre persiper lidhur me investimet e shtetasve apo shoqerive te Pales tjeter Kontraktuese ne territorin e saj.

## Neni 9

Kjo Marreveshje eshte e vlefshme edhe per investimet, qe kane ndermarre shtetasit apo shoqerite e njerës Pale Kontraktuese ne perputhje me dispozitat ligjore te Pales tjeter Kontraktuese ne territorin e kesaj, qysh para hyrjes ne fuqi te kesaj Marreveshjeje.

## Neni 10

1. Mosmarreveshjet midis Paleve Kontraktuese per interpretimin ose zbatimin e kesaj Marreveshjeje duhet te zgjidhen sa te jete e mundur midis qeverive te te dy Paleve Kontraktuese.

2. Ne rast se nje mosmarreveshje nuk mund te zgjidhet ne kete menyre, atehere me kerkesen e njerës prej Paleve Kontraktuese çeshtja u paraqitet arbitrazhit.

3. Arbitrazhi formohet rast pas rasti, duke caktuar çdo Pale Kontraktuese nje anetar dhe te dy anetaret bien dakord per nje perfaqesues te nje shteti te trete si kryetar, i cili caktohet nga

qeverite e te dy Paleve Kontraktuese. Anetaret duhen te caktohen brenda dy muajve, kurse kryetari brenda tre muajve pasi njera nga Palet Kontraktuese ka njoftuar Palen tjetër Kontraktuese se ajo mosmarreveshjet deshiron t'i paraqese arbitrazhit.

4. Ne rast se afatet e permendura ne paragrafin 3 nuk respektohen, atehere ne mungese te nje marreveshje tjetër secila Pale Kontraktuese mund t'i lutet Presidentit te Gjykates Nderkombetare te beje emerimet e nevojshme. Ne qofte se Presidenti eshte shtetas i njeres prej te dy Paleve Kontraktuese ose pengohet per ndonje shkak tjetër, atehere emerimet i ben Zevendespresidenti. Ne rast se edhe Zevendespresidenti eshte shtetas i njeres prej te dy Paleve Kontraktuese ose gjithashtu pengohet, atehere emerimet duhet t'i beje anetari i gjykates ne rang pas tyre dhe qe nuk eshte shtetas i ndonjeres prej te dyja Paleve Kontraktuese.

5. Arbitrazhi vendos me shumice votash. Vendimet e saja jane te formes se prere. Secila Pale Kontraktuese perballon shpenzimet e anetarit te saj si dhe te perfaqesuesve te saj ne proçeduren para arbitrazhit; shpenzimet e kryetarit si dhe shpenzimet e tjera do te perballohen ne pjese te barabarta nga te dy Palet Kontraktuese. Arbitrazhi mund te vendose nje rregull tjetër te shpenzimeve. Perveç kesaj arbitrazhi rregullon vete proçeduren e tij.

6. Ne rast se te dy Palet Kontraktuese jane edhe shtete kontraktuese te Konventes se 18 marsit 1965 per Zgjidhjen e Mosmarreveshjeve lidhur me Investimet midis Shteteve dhe Shtetasve te Shteteve te tjera, atehere duke marre parasysh rregullimin sipas nenit 27, paragrafi 1 te Konventes, arbitrazhi qe parashikohet sa me siper nuk mund te thirret perderisa midis shtetasve dhe shoqerive te nje Pale Kontraktuese dhe Pales tjetër Kontraktuese eshte arritur nje marreveshje sipas percaktimit te nenit 25 te Konventes. Mundesia per thirrjen e arbitrazhit qe parashikohet sa me siper ne rastin e mosmarrjes parasysh te nje vendimi te arbitrazhit sipas Konventes se lartpermendur (neni 27) ose ne rastin e dhenies fuqi te ligjit ose te nje veprimtarie ligjore sipas nenit 6 te kesaj Marreveshje, mbetet i paprekshem.

#### Neni 11

1. Mosmarreveshjet qe lidhen me investimet midis njeres prej Paleve Kontraktuese dhe nje shtetasi apo nje shoqerie te Pales tjetër Kontraktuese, duhet te zgjidhen midis Paleve qe jane ne konflikt sa te jete e mundur me mirekuptim.

2. Ne rast se mosmarreveshja nuk zgjidhet brenda nje afati prej 6 muaj nga koha e njoftimit te njeres prej Paleve qe jane ne konflikt, atehere me kerkesen e shtetasve ose shoqerise se Pales tjetër Kontraktuese ajo do t'i nenshtrohet nje proçesi arbitrazhi. Ne

rast se Palet ne konflikt nuk bien dakord ndryshe do te zbatohen dispozitat e nenit 10 paragrafi 3 deri 5 ne ate kuptim qe caktimi i anetareve te arbitrazhit sipas nenit 10 paragrafi 3 kryhet nepermjet Paleve ne konflikt dhe, per deri sa nuk jane ruajtur afatet e percaktuara ne nenin 10 paragrafi 3, çdo Pale ne konflikt ne mungese te nje marreveshjeje tjeter mund t'i lutet Presidentit te Arbitrazhit te Dhomes Nderkombetare te Tregtise ne Paris te beje emertimet e nevojshme. Vendimi i arbitrazhit zbatohet sipas juridiksionit te brendshem shtetror.

3. Pala Kontraktuese pjesemarrrese ne mosmarreveshje gjate arbitrazhit ose zbatimit te nje vendimi arbitrazhi nuk do te shprehe kundërshtim qe shtetasit ose shoqerite e Pales tjeter Kontraktuese te kene marre nje çdemtim per nje pjese te demit ose demin e plote nga nje shoqeri sigurimi.

4. Ne rast se te dy Palet Kontraktuese jane bere edhe shtete kontraktuese te Konventes se 18 marsit 1965 per Zgjidhjen e Mosmarreveshjeve lidhur me Investimet midis Shteteve dhe Shtetasve te tjera, mosmarreveshjet sipas ketij neni ndermjet Paleve ne konflikt do t'i nenshtrohen nje arbitrazhi ne kuadrin e Konventes se lartpermendur, perveç rastit kur ato bien dakord mbi nje proçedure tjeter; çdo Pale Kontraktuese deklaron me kete rast mirekuptimin per nje proçedure te tille.

#### Neni 12

Kjo Marreveshje eshte e vlefshme pavaresisht ne se ndermjet te dy Paleve Kontraktuese ekzistojne apo jo marredhenie diplomatike apo konsullore.

#### Neni 13

1. Kjo Marreveshje duhet ratifikuar. Instrumentat e ratifikimit do te shkëmbehen sa me shpejt te jete e mundur ne Tirane.

2. Kjo Marreveshje hyn ne fuqi pas nje muaji nga data e shkëmbimit te instrumentave te ratifikimit. Ajo mbetet ne fuqi 10 vjet. Pas mbarimit te ketij afati perioda e vlefshmerise zgjatet pa kufizim, ne rast se asnjera nga Palet Kontraktuese nuk e denoncon Marreveshjen me shkrim 12 muaj para mbarimit te afatit. Pas mbarimit te 10 vjeteve Marreveshja mund te denoncohet ne çdo kohe me nje afat prej 12 muajsh.

3. Per investimet, te cilat jane ndermarre deri ne kohen e mbarimit te afatit te kesaj Marreveshjeje, vlejne nenet 1 deri 12 edhe per 20 vjet te tjera nga data e shfuqizimit te Marreveshjes.

Bere ne Bonn me 31. Tetor 1991 ne dy origjinale, secili ne gjuhen gjermane dhe ne gjuhen shqipe, ku çdo tekst ka vlerë të barabartë.

Per Republikën  
Federale të Gjermanisë:  
HANS-DIETRICH GENSCHER

Per Republikën  
e Shqipërisë:  
MUHAMET KAPLLANI

## PROTOKOLL

Gjate nënshkrimit të Marrëveshjes ndërmjet Republikës Federale të Gjermanisë dhe Republikës së Shqipërisë për nxitjen dhe mbrojtjen e ndërsjellë të investimeve, të plotfuqishmit që nënshkruan përveç kësaj rane dakord me dispozitat që vijojnë, të cilat vlejnë si pjesë përberëse e marrëveshjes:

## (1) Tek nëni 1

- a) Të ardhurat që rrjedhin nga investimi dhe në rastin e riinvestimit të tyre edhe të ardhurat nga ai gëzojnë të njëjten mbrojtje si investimi.
- b) Pa demtuar procedurën tjetër për përcaktimin e shtetësisë, vlen veçanërisht si shtetas i një Pale Kontraktuese çdo person që mban pasaportën kombëtare të lëshuar nga organet kompetente të Palës përkatëse Kontraktuese.

## (2) Tek nëni 2

- a) Investimet të cilat janë lejuar në përputhje me dispozitat ligjore të njërës Pale Kontraktuese në territorin e zbatimit të rendit të saj ligjor nga shtetas ose shoqëri të Palës tjetër Kontraktuese, gëzojnë mbrojtjen e plotë të marrëveshjes.
- b) Marrëveshja është e vlefshme gjithashtu për zonën ekskluzive ekonomike dhe shelfin kontinental, përderisa e drejta ndërkombëtare i lejon secilës Pale Kontraktuese ushtrimin e të drejtave sovranë ose të autorizimeve të sovranitetit në këto zona.

## (3) Tek nëni 3

- a) "Aktivitet" në kuptimin e nenit 3 paragrafi 2 duhet kuptuar veçanërisht, por jo vetëm, administrata, përdorimi dhe shfrytëzimi i një investimi. Si një trajtim "me pak i favorshëm" sipas nenit 3 duhet kuptuar veçanërisht: një trajtim i diferencuar në terheqjen e lendeve të para dhe ndihmësë, lendeve energjetike dhe djegëse si dhe mjetet e prodhimit dhe punës të të gjitha llojeve, një trajtim i diferencuar në shitjen e prodhimeve brenda dhe jashtë vendit, si dhe masa të tjera me ndikim të ngjashëm. Masat që merren për shkak të sigurimit publik dhe ruajtjes së rendit, shëndetit të popullit ose të moralit, nuk konsiderohen si trajtim "me pak i favorshëm" në kuptimin e nenit 3.

- b) Dispozitat e nenit 3 nuk detyrojnë ndonjë Pale Kontraktuese që avantazhet tatimore, përjashtimet dhe zbritjet nga tatimet, të cilat sipas ligjeve tatimore u sigurohen vetëm personave fizike dhe shoqërive të vendosura në territorin e vet, të shtrijë mbi personat fizike dhe shoqëritë e vendosura në territorin e Pales tjetër Kontraktuese.
- c) Palet Kontraktuese në kuadrin e dispozitave ligjore të brendshme do të shqyrtojnë me dashamirësi kërkesat për hyrjen dhe qëndrimin e personave të njërës Pale Kontraktuese që dëshirojnë të hyjnë lidhur drejtperdrejtë me një investim në territorin e Pales tjetër Kontraktuese; e njëjta gjë vlen për punëmarresit e një Pale Kontraktuese që në lidhje me një investim dëshirojnë të hyjnë në territorin e Pales tjetër Kontraktuese dhe të qëndrojnë atje për të ushtruar një aktivitet si punëmarres. Edhe kërkesat për dhenien e lejes së punës do të shqyrtohen me dashamirësi.

#### (4) Tek neni 4

Një detyrim për çdemtim qëndron edhe atëherë kur nga marrja e masave shtetërore nderhyet në ndermarrjen e cila përben objekt investimi dhe si rrjedhojë ekzistenca ekonomike e saj demtohet në mënyrë të ndjeshme.

#### (5) Tek neni 7

Si i kryer "pa vonëse" në kuptimin e nenit 7 paragrafi 1 konsiderohet një transferim që realizohet brenda një periudhe që normalisht është e nevojshme për respektimin e formaliteteve të transferimit. Afati fillon me paraqitjen e një kerkese përkatëse dhe në asnjë mënyrë nuk duhet të kalojë 2 muaj.

(6) Gjate transportit të mallrave dhe personave që lidhen me një investim, duhet që një Pale Kontraktuese, as të mos i pengojë dhe as të mos i pezullojë ndermarrjet transportuese të Pales tjetër Kontraktuese, por sa të jetë e nevojshme të japë leje për kryerjen e transporteve. Këtu behet fjale për:

- a) Mallra që janë caktuar direkt për investime në kuptimin e Marreveshjes ose që janë siguruar në territorin e njërës Pale Kontraktuese ose të një shteti të tretë nga një ndermarrje ose me porosi të një ndermarrjeje në të cilën janë investuar vlera pasurore në kuptimin e Marreveshjes.
- b) Personat që udhetojnë në lidhje me një investim.

Bere ne Bonn me 31. Tetor 1991 ne dy origjinale, secili ne gjuhen gjermane dhe ne gjuhen shqipe ku çdo tekst ka vlere te barabarte.

Per Republikën  
Federale te Gjermanise:  
HANS-DIETRICH GENSCHER

Per Republikën  
e Shqiperise:  
MUHAMET KAPLLANI

## EXCHANGE OF NOTES — ÉCHANGE DE NOTES

## I

REPUBLIKA E SHQIPERISE  
MINISTRIA E PUNEVE TE JASHTME  
MINISTRI

Bonn, me 31 tetor 1991

Shkelqesi,

Kam nderin t'Ju njoftoj se Qeveria e Republikes se Shqiperise me qellim qe te avancoje sigurimin e investimeve nga shtetas ose shoqeri te Republikes Federale te Gjermanise ne territorin e Republikes se Shqiperise qysh para hyrjes ne fuqi te marrevshjes, paraprakisht zbaton marrevshjen qysh ne ditën e nenshkrimtit.

Kjo deklarate behet me qellim qe qeveria e Republikes Federale te Gjermanise te konsideroje marrjen persiper te garancise per investimet ne Republikën e Shqiperise qysh para hyrjes ne fuqi te kesaj marrevshjeje.

Pranoni Shkelqesi t'Ju shpreh konsideratat e mia me te larta.

MUHAMET KAPLLANI

Ministrit Federal te Puneve te Jashtme  
te Republikes Federale te Gjermanise  
Zotit Hans-Dietrich Genscher  
Bonn



## II

## DER BUNDESMINISTER DES AUSWÄRTIGEN

Bonn, den 31. Oktober 1991

Herr Minister,

ich beehre mich, den Empfang der Note der Regierung der Republik Albanien vom 31. Oktober 1991 mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Republik Albanien, um die Vornahme von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland im Hoheitsgebiet der Republik Albanien bereits vor dem Inkrafttreten des Vertrags zu fördern, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden wird.

Diese Erklärung wird mit dem Ziel abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in der Republik Albanien schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags erwägen kann.“

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

GENSCHER

An den Minister für Auswärtige Angelegenheit  
der Republik Albanien  
Herrn Muhamet Kapllani

---

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY<sup>1</sup> BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY  
AND THE REPUBLIC OF ALBANIA CONCERNING THE EN-  
COURAGEMENT AND RECIPROCAL PROTECTION OF IN-  
VESTMENTS

The Federal Republic of Germany and the Republic of Albania,

Desiring to intensify bilateral economic cooperation,

Intending to create favourable conditions for investments by nationals or companies of one State in the territory of the other,

Recognizing that the encouragement of such investments and their protection on the basis of this Treaty will foster the development of private economic initiatives and improve the prosperity of both peoples,

Have agreed as follows:

*Article 1*

For the purposes of this Treaty

1. The term “investments” shall comprise all kinds of assets that are invested pursuant to the national legislation of each respective Contracting Party, in particular:

(a) Movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;

(b) Shares of companies and other kinds of company interests;

(c) Claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;

(d) Intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility models, commercial designs and models, trade marks, trade names, trade and company secrets, technical processes and goodwill;

(e) Rights arising from public-law Treaties, including rights for the prospecting and exploiting of natural resources;

Any change made to the form in which assets are invested shall not affect their status as investments.

2. The term “returns” shall mean the amounts yielded from an investment for a definite period, such as profits, dividends, interest, and licence or other fees.

3. The term “national” shall mean

(a) In reference to the Federal Republic of Germany: German, as defined by the Basic Law of the Federal Republic of Germany.

<sup>1</sup> Came into force on 18 August 1995, i.e., one month after the exchange of the instruments of ratification, which took place at Tirana on 18 July 1995, in accordance with article 13 (2).

(b) In reference to the Republic of Albania: Albanian, as defined by Decree No. 1874 of 7 June 1954;

4. The term "companies" shall mean

(a) In reference to the Federal Republic of Germany: any juridical person and any trading or other company or association, with or without legal personality, which has its headquarters on German territory, regardless of whether or not its business is intended to make a profit,

(b) In reference to the Republic of Albania: any juridical person and any trading or other company or association, with or without legal personality, which has its headquarters on Albanian territory, regardless of whether or not its business is intended to make a profit.

#### *Article 2*

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by nationals or companies of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its respective laws. It shall in any case accord investments fair and equitable treatment.

(2) No Contracting Party should in any way impede the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party through arbitrary or discriminatory measures.

#### *Article 3*

(1) Neither Contracting Party shall treat investments owned by nationals or companies of the other Contracting Party or investments in which nationals or companies of the other Contracting Party have a holding less favourably in its territory than it treats investments of its own nationals or companies, or investments of nationals or companies of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall treat nationals or companies of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, less favourably than it treats its own nationals or companies, or nationals or companies of any third State.

(3) Such treatment shall not extend to privileges which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States on account of their membership of, or association with, a customs or economic union, a common market, the Council for Mutual Economic Assistance, or a free trade area.

(4) The treatment granted under this Article shall not refer to privileges granted by either Contracting Party to nationals or companies of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

#### *Article 4*

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection as well as security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the

other Contracting Party except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date the actual or impending expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall attract interest at the normal rate of bank interest; it shall be effectively realizable and freely transferable. Suitable arrangements for the determination and payment of the compensation shall be made, by the latest on the date of expropriation, nationalization or comparable measure. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Nationals or companies of either Contracting Party who suffer losses on their investments owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt in the territory of the other Contracting Party shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that Party accords to its own nationals or companies, in the event of restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) In respect of the matters provided for in this Article, nationals or companies of either Contracting Party shall be treated no less favourably in the territory of the other Contracting Party than nationals or companies of any third State.

#### Article 5

Each Contracting Party shall guarantee the nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) Of the capital and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) Of the returns;
- (c) In repayment of loans;
- (d) Of the proceeds from the liquidation or sale of the whole or any part of the investment;
- (e) Of the compensation provided for in Article 4.

#### Article 6

If either Contracting Party makes payments to any of its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of all rights or claims from such national or company to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall further recognize the subrogation of the former Contracting Party to all such rights or claims (assigned claims), which the former Contracting Party shall be entitled to exercise to the same extent as its legal predecessor. As regards the transfer of payments by virtue of such assignment, paragraphs 2 and 3 of Article 4, as well as Article 5 shall apply *mutatis mutandis*.

*Article 7*

(1) A transfer under paragraphs 2 or 3 of Article 4, Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the exchange rate in effect on the day of the transfer.

(2) Such exchange rate may not vary significantly from the cross rate determined on the basis of the conversion rates underlying the International Monetary Fund's special drawing rights conversions for the currencies concerned on the day the transfers take place.

*Article 8*

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it may have entered into with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

*Article 9*

This Treaty shall also apply to investments made by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party, in accordance with the legislation of the latter, before the entry into force of this Treaty.

*Article 10*

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty should, if possible, be settled by the Governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot be thus settled, it shall upon request of either Contracting Party be submitted to an arbitral tribunal.

(3) Such arbitral tribunal shall be constituted for each individual case as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months, from the date on which either Contracting Party has informed the other that it wants to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant agreement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or is excluded for some other reason, the Vice President shall make the appointments. If the Vice-President is also a national of either Contracting Party or is excluded for some other reason, the next highest ranking member of the International Court of Justice who is not a national of either Contracting Party shall make the appointments.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own

member and of its counsel in the arbitral proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitral tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

(6) If both Contracting Parties are Contracting States to the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States, the arbitral tribunal provided for above may in consideration of the provisions of paragraph 1 of Article 27 of the said Convention not be appealed to in so far as agreement has been reached between the investor of one Contracting Party under Article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of appealing to such arbitral tribunal in the event that a decision of the Arbitral Tribunal established under the said Convention is not complied with (Article 27) or in the case of an assignment under a law or pursuant to a legal transaction as provided for in Article 6 of the present Treaty.

#### Article 11

(1) Disputes with regard to investments between either Contracting Party and a national or company of the other Contracting Party should, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute.

(2) If a dispute cannot be settled within six months after it has been raised by one of the parties to the dispute, the dispute shall, at the request of a national or company of the other Contracting Party, be subjected to arbitral proceedings. If the parties to the dispute do not make another arrangement, the provisions of paragraphs 2 to 5 of Article 10 shall be applied *mutatis mutandis*, subject to the proviso that in accordance with paragraph 3 of Article 10 the members of the Arbitral Tribunal shall be appointed by the parties and that, should the periods mentioned in paragraph 3 of Article 10 not be observed, either Contracting Party may, in the absence of other agreements, invite the President of the Court of Arbitration of the International Chamber of Commerce in Paris to make the necessary appointments. The award shall be enforced in accordance with national legislation.

(3) Neither Contracting Party that is a party to the dispute shall raise the objection during arbitral proceedings or during the enforcement of an arbitral award that the national or company of the other Contracting Party has received compensation from an insurance institution for part or whole of the damage.

(4) In the event that both Contracting Parties shall become Contracting States to the Convention of 18 March 1965<sup>1</sup> on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States, the disputes between the disputing parties as described in this Article shall be subjected to arbitral proceedings within the framework of the aforementioned agreement; unless the parties to the dispute reach another agreement; each Contracting Party hereby declares its approval of such proceedings.

#### Article 12

This Treaty shall apply irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

*Article 13*

(1) This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged in Tirana as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force one month from the date of the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period except if denounced in writing by either Contracting Party twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years, this Treaty may be denounced at any time giving twelve months' notice.

(3) In respect of investment made prior to the date of termination of this Treaty, Articles 1 to 12 shall continue to apply for a further period of twenty years from the date of termination of this Treaty.

DONE at Bonn on 31 October 1991, in duplicate, in the German and Albanian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic  
of Germany:

HANS-DIETRICH GENSCHER

For the Republic  
of Albania:

MUHAMET KAPLLANI

## PROTOCOL

On signing the Treaty concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments concluded between the Federal Republic of Germany and the Republic of Albania, the undersigned Plenipotentiaries have reached agreement in addition on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Treaty.

(1) *Ad Article 1*

(a) Returns from the investment and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom, shall enjoy the same protection as the investment.

(b) Irrespective of other procedures undertaken to establish nationality, a national of a Contracting Party shall be defined in particular by the possession of a passport issued by the competent authorities of such Contracting Party.

(2) *Ad Article 2*

(a) Investments of nationals or companies of one Contracting Party that have been admitted by the other Contracting Party in accordance with its respective laws and within the scope of its legal system shall enjoy the full protection of this Treaty.

(b) This Treaty shall also apply in the territories of the exclusive economic zone and the continental shelf of either Contracting Party in so far as international law permits either Contracting Party to exercise sovereign rights and powers in such territories.

(3) *Ad Article 3*

(a) The term “activity” within the meaning of paragraph 2 of Article 3 shall refer in particular, but not exclusively, to the management, maintenance, use and enjoyment of an investment. The following shall, in particular, be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3: discriminatory treatment with respect to the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, discriminatory treatment with respect to the marketing of products in domestic or foreign markets, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, or for the protection of life and health or public morality, shall not be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3.

(b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to natural persons or companies resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to natural persons and companies resident in its territory.

(c) The Contracting Parties shall, within the framework of their national legislation, give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in direct connection with an investment; the same shall apply to employees of either Contracting Party who in direct connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and remain there in order to work as employed persons. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.



(4) *Ad Article 4*

A claim for compensation also arises in the event that the company that is the object of the investment is subject to State intervention and its economic survival is thereby significantly threatened.

(5) *Ad Article 7*

A transfer shall be deemed to have been made “without delay” within the meaning of paragraph 1 of Article 7 if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.

(6) Whenever goods or persons connected with the investment are to be transported, one Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transport. In this context, the expression “goods or persons to be transported” shall refer to the following:

(a) Goods that are directly connected to the investment within the meaning of this Treaty or those which in the territory of a Contracting Party or of any third State are purchased or ordered by a company in which assets are invested within the meaning of this Treaty.

(b) Persons travelling in connection with an investment.

DONE at Bonn on 31 October 1991, in duplicate, in the German and Albanian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic  
of Germany:

HANS-DIETRICH GENSCHER

For the Republic  
of Albania:

MUHAMET KAPLLANI

## EXCHANGE OF NOTES

## I

THE MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS  
OF THE REPUBLIC OF ALBANIA

Bonn, 31 October 1991

Sir,

I have the honour to inform you that, with the aim of encouraging investments by nationals or companies of the Federal Republic of Germany in the territory of the Republic of Albania, the Government of the Republic of Albania will provisionally apply the Treaty before its entry into force, as from the date of its signature.

The purpose of this declaration is to enable the Government of the Federal Republic of Germany to consider underwriting guarantees for investments in the Republic of Albania before the entry into force of the Treaty.

Accept, Sir, etc.

MUHAMET KAPLLANI

Hans-Dietrich Genscher  
Minister for Foreign Affairs  
of the Federal Republic of Germany  
Bonn

## II

## THE FEDERAL MINISTER OF FOREIGN AFFAIRS

Bonn, 31 October 1991

Dear Minister,

I am delighted to confirm the receipt, on 31 October 1991, of the note from the Government of the Republic of Albania, which reads as follows:

[*See note I*]

Accept, Sir, etc.

GENSCHER

To the Minister of Foreign Affairs  
of the Republic of Albania  
Mr. Muhamet Kapllani

---

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE  
ET LA RÉPUBLIQUE D'ALBANIE RELATIF À L'ENCOURA-  
GEMENT ET À LA PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVES-  
TISSEMENTS

La République fédérale d'Allemagne et la République d'Albanie,  
Désireuses d'intensifier la coopération économique entre les deux Etats,  
S'efforçant d'instaurer des conditions favorables aux investissements de res-  
sortissants ou de sociétés d'un Etat sur le territoire de l'autre Etat,

Reconnaissant que l'encouragement de ces investissements et leur protection  
au moyen d'un accord peuvent servir à stimuler l'initiative économique privée et à  
accroître le bien-être des deux peuples,

Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier*

Aux fins du présent Traité,

1. Le terme « investissements » désigne toutes les sortes de biens investis  
conformément aux dispositions législatives de chacune des Parties contractantes, en  
particulier

a) La propriété de biens mobiliers et immobiliers ainsi que les autres droits  
réels tels que les hypothèques et les droits de gage;

b) Les parts de société et autres formes de participation à des sociétés;

c) Les créances portant sur des sommes d'argent ayant servi à créer une valeur  
économique ou sur des prestations ayant une valeur économique;

d) Les droits de propriété intellectuelle, en particulier les droits d'auteur, les  
brevets, les modèles d'utilité, les dessins et modèles industriels, les marques,  
les dénominations commerciales, les secrets commerciaux et les secrets d'affaires,  
les procédés techniques, le savoir-faire et la clientèle;

e) Les droits découlant de concessions de droit public, y compris sur la pros-  
pection et l'extraction de ressources naturelles.

Les modifications touchant le mode d'investissement des biens n'altèrent pas  
leur qualité d'investissements.

2. Le terme « revenus » désigne les sommes rapportées par un investissement  
pendant une période donnée sous forme de bénéfices, dividendes, intérêts, rede-  
vances et autres formes de rémunération;

3. Le terme « ressortissants » désigne

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : les Allemands tels  
qu'ils sont définis dans la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 18 août 1995, soit un mois après l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Tirana le 18 juillet 1995, conformément au paragraphe 2 de l'article 13.

b) En ce qui concerne la République d'Albanie : les Albanais tels qu'ils sont définis dans le décret 1874 du 7 juin 1954;

4. Le terme « sociétés » désigne

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : toute personne morale ainsi que toute société commerciale ou autre société ou association ayant ou non la personnalité juridique et ayant ou non un but lucratif, qui a son siège sur le territoire allemand;

b) En ce qui concerne la République d'Albanie : toute personne morale ainsi que toute société commerciale ou autre société ou association ayant ou non la personnalité juridique et ayant ou non un but lucratif, qui a son siège sur le territoire albanais.

*Article 2*

1) Chacune des Parties contractantes encouragera dans la mesure du possible les investissements sur son territoire des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante et les autorisera conformément à sa législation. Elle les traitera dans tous les cas de manière juste et équitable.

2) Aucune des Parties contractantes n'entravera d'une manière quelconque l'administration, l'emploi, l'utilisation ou l'exploitation des investissements des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante sur son territoire par des moyens arbitraires ou discriminatoires.

*Article 3*

1) Chacune des Parties contractantes traitera les investissements sur son territoire, qu'ils appartiennent à des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante ou soient sous leur contrôle, d'une manière non moins favorable que les investissements de ses propres ressortissants et sociétés ou que les investissements de ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

2) Chacune des Parties contractantes traitera les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante, quant à leur activité relative à des investissements sur son territoire, d'une manière non moins favorable que ses propres ressortissants et sociétés ou que les ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

3) Ce traitement ne concerne pas les privilèges que l'une des Parties contractantes accorde aux ressortissants ou sociétés d'Etats tiers du fait qu'ils appartiennent ou sont associés à une union douanière ou économique, à un marché commun ou à une zone de libre-échange.

4) Le traitement visé dans le présent article ne concerne pas les avantages qu'une Partie contractante accorde aux ressortissants ou sociétés d'Etats tiers au titre d'une convention tendant à éviter la double imposition ou d'autres conventions relatives à des questions fiscales.

*Article 4*

1) Les investissements des ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes bénéficient d'une entière protection et d'une entière sécurité sur le territoire de l'autre Partie contractante.

2) Les investissements des ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie contractante ne peuvent être expropriés,

nationalisés ou soumis à d'autres mesures ayant des effets équivalant à l'expropriation ou à la nationalisation que dans l'intérêt public et contre indemnisation. L'indemnité doit correspondre à la valeur que l'investissement exproprié possédait immédiatement avant le moment où l'expropriation, la nationalisation ou la mesure équivalente effective ou imminente a été rendue publique. Elle doit être versée sans délai et assortie, jusqu'à la date du paiement, d'un intérêt conforme au taux bancaire habituel; elle doit être effectivement réalisable et librement transférable. Des dispositions appropriées concernant la fixation et le versement de l'indemnisation seront prises au plus tard lors de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure équivalente. La régularité de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure équivalente et le montant de l'indemnité doivent pouvoir être vérifiés au cours d'une procédure judiciaire normale.

3) Les ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes qui subissent des pertes d'investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante en raison d'une guerre ou de tout autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'un soulèvement ne seront pas traités par cette autre Partie contractante d'une manière moins favorable en matière de restitution, de dédommagement, d'indemnisation ou autres contreparties que ses propres ressortissants ou sociétés. Ces paiements devront être librement transférables.

4) En ce qui concerne les questions régies par le présent article, les ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes bénéficient, sur le territoire de l'autre Partie contractante, d'un traitement non moins favorable que les ressortissants ou sociétés d'Etats tiers.

#### *Article 5*

Chacune des Parties contractantes garantit aux ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante le libre transfert des paiements liés aux investissements, et notamment

- a) Du capital et des sommes supplémentaires nécessaires à l'entretien ou à l'extension de l'investissement;
- b) Des revenus;
- c) Des remboursements de prêts;
- d) Du produit retiré de la liquidation ou de l'aliénation totale ou partielle de l'investissement;
- e) Des indemnités prévues à l'article 4.

#### *Article 6*

Si l'une des Parties contractantes effectue, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, des versements à ses ressortissants ou sociétés, cette dernière reconnaîtra, sans préjudice des droits de la première Partie visés à l'article 10, la cession à la première Partie, par l'effet d'une loi ou d'un acte judiciaire, de tout droit ou prétention de ces ressortissants ou sociétés. L'autre Partie contractante reconnaîtra en outre la subrogation de la première Partie contractante à tous les droits ou prétentions en question que la première Partie sera habilitée à exercer dans la même mesure que son prédécesseur en titre (subrogation). Les paragraphes 2 et 3 de l'article 4 et l'article 5 s'appliquent par analogie au transfert des paiements à effectuer au titre de la subrogation.

#### Article 7

- 1) Les transferts visés aux paragraphes 2 ou 3 de l'article 4 et aux articles 5 et 6 ont lieu sans délai au taux de change en vigueur.
- 2) Ce taux correspondra au taux croisé résultant des taux de change que le Fonds monétaire international appliquerait, au moment du paiement, à la conversion des devises en question en droits de tirage spéciaux.

#### Article 8

- 1) Si, en vertu de la législation de l'une des Parties contractantes ou d'obligations de droit international qui existent ou viendraient à exister entre les Parties contractantes en sus du présent Traité, une disposition générale ou particulière stipule d'accorder aux investissements réalisés par les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que ne le prévoit le présent Traité, ladite disposition prévaut sur le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.
- 2) Chacune des Parties contractantes respectera toute autre obligation qu'elle aura contractée en ce qui concerne les investissements réalisés sur son territoire par des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante.

#### Article 9

Le présent Traité s'applique également aux investissements déjà réalisés avant son entrée en vigueur par des ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie conformément à la législation de celle-ci.

#### Article 10

- 1) Les différends entre les Parties contractantes relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité seront, dans la mesure du possible, réglés par les Gouvernements des deux Parties contractantes.
- 2) Si un différend ne peut être réglé de cette manière, il sera soumis à un tribunal arbitral sur la demande de l'une des Parties contractantes.
- 3) Le tribunal arbitral sera composé cas par cas de la manière suivante : chacune des Parties contractantes nommera un membre, et les deux membres désigneront d'un commun accord un ressortissant d'un Etat tiers comme président, qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres seront nommés dans les deux mois, et le président dans les trois mois suivant la date à laquelle l'une des Parties contractantes aura fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.
- 4) Si les délais visés au paragraphe 3 ne sont pas respectés, chacune des Parties contractantes pourra, faute d'un autre arrangement, prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché pour une autre raison, les nominations seront faites par le Vice-Président. Si le Vice-Président est aussi un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est aussi empêché, les nominations incomberont au membre de la Cour qui suit dans la hiérarchie et n'a pas la nationalité de l'une des Parties contractantes.
- 5) Le tribunal arbitral se prononce à la majorité. Ses décisions ont force obligatoire. Les Parties contractantes supporteront chacune les frais de leur arbitre et de

leurs représentants à la procédure arbitrale; les frais du Président et les autres frais seront répartis à égalité entre les Parties contractantes. Le tribunal peut convenir d'un autre mode de répartition des frais. Pour le reste, il règle lui-même sa procédure.

6) Si les deux Parties contractantes sont également parties à la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats, en date du 18 mars 1965, le tribunal arbitral susmentionné peut, compte tenu du paragraphe 1 de l'article 27 de la Convention, ne pas être convoqué dans la mesure où est intervenu entre le ressortissant ou la société d'une Partie contractante et l'autre Partie contractante un arrangement au titre de l'article 25 de la Convention. Les dispositions qui précèdent n'empêchent toutefois pas de faire appel à un tel tribunal arbitral lorsqu'une décision du tribunal arbitral visé à l'article 27 de ladite Convention n'est pas respectée, ou encore dans le cas d'une cession résultant d'une loi ou d'une transaction légale visée à l'article 6 du présent Traité.

#### *Article 11*

1) Les différends qui pourraient surgir au sujet d'un investissement entre une Partie contractante et un ressortissant ou une société de l'autre Partie contractante seront dans la mesure du possible réglés à l'amiable entre les parties au litige.

2) Si un différend ne peut être réglé dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle il a été soulevé par l'une des deux parties au litige, il sera soumis à une procédure arbitrale sur la demande du ressortissant ou de la société de l'autre Partie contractante. Dans la mesure où les parties au différend n'en sont pas convenues autrement, les dispositions des paragraphes 2 à 5 de l'article 10 s'appliquent par analogie, sous réserve que les parties au litige désigneront les membres du tribunal arbitral conformément au paragraphe 3 de l'article 10 et que, si les délais visés au paragraphe 3 de l'article 10 ne sont pas respectés, chacune des parties au litige pourra, faute d'autres dispositions, demander au Président de la Cour d'arbitrage de la Chambre de commerce internationale de Paris de procéder aux désignations voulues. La sentence arbitrale sera exécutée conformément au droit intérieur.

3) La Partie contractante au litige ne fera pas valoir, au cours d'une procédure arbitrale ou de l'exécution d'une sentence arbitrale, le fait que le ressortissant ou la société de l'autre Partie contractante a reçu au titre d'une assurance une indemnisation pour une partie ou pour la totalité du dommage.

4) Si les deux Parties contractantes sont également parties à la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats, en date du 18 mars 1965<sup>1</sup>, les différends entre les parties visés par le présent article seront soumis à une procédure arbitrale au titre de la Convention susmentionnée, à moins que les parties au litige n'en conviennent autrement; par le présent Traité, les deux Parties contractantes déclarent acquiescer à une telle procédure.

#### *Article 12*

Le présent Traité restera en vigueur qu'il existe ou non des relations diplomatiques entre les deux Parties contractantes.

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.



*Article 13*

1) Le présent Traité est soumis à ratification; les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Tirana.

2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans; à l'expiration de ce délai, il sera prorogé d'une durée indéterminée, sauf si l'une des Parties contractantes le dénonce par écrit avec un préavis de douze mois. A l'expiration du délai de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, avec un préavis de douze mois.

3) En ce qui concerne les investissements réalisés jusqu'à la date d'expiration du présent Traité, les articles 1 à 12 s'appliqueront encore pendant vingt ans à compter de cette date.

FAIT à Bonn le 31 octobre 1991 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et albanaise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale  
d'Allemagne :

HANS-DIETRICH GENSCHER

Pour la République  
d'Albanie :

MUHAMET KAPLLANI

## PROTOCOLE

A la signature du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Albanie relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements, les plénipotentiaires soussignés sont en outre convenus des dispositions ci-après, qui forment partie intégrante du Traité :

1) *En ce qui concerne l'article premier*

a) Les revenus de l'investissement, et leurs revenus s'ils sont réinvestis, bénéficient de la même protection que l'investissement.

b) Est considérée en particulier comme ressortissante de l'une des Parties contractantes toute personne possédant un passeport national délivré par les autorités compétentes de ladite Partie contractante, sans préjudice des autres procédures visant à déterminer la nationalité.

2) *En ce qui concerne l'article 2*

a) Les investissements réalisés conformément aux dispositions législatives de l'une des Parties contractantes sur le territoire auquel s'applique sa législation par des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante bénéficient de l'entière protection prévue dans le présent Traité.

b) Le présent Traité s'applique aussi aux territoires de la zone économique exclusive et du plateau continental, dans la mesure où le droit international autorise la Partie contractante concernée à exercer des droits souverains ou une juridiction sur ces territoires.

3) *En ce qui concerne l'article 3*

a) Sont notamment mais non exclusivement considérés comme « activités » au sens du paragraphe 2 de l'article 3 l'administration, l'emploi, l'utilisation ou l'exploitation d'un investissement. Sont notamment considérés comme traitement « moins favorable » au sens de l'article 3 un traitement différent quant à l'acquisition de matières premières et matières auxiliaires, d'énergie et de combustible ainsi que de moyens de production et d'exploitation de toute nature, un traitement différent quant à la vente de produits dans le pays et à l'étranger ainsi que les autres mesures ayant des effets analogues. Ne sont pas considérés comme traitement « moins favorable » au sens de l'article 3 les mesures prises pour des raisons de sécurité et d'ordre public, de santé publique ou de mœurs.

b) Les dispositions de l'article 3 n'obligent pas une Partie contractante à étendre aux personnes physiques et aux sociétés résidant sur le territoire de l'autre Partie contractante les exemptions, réductions et avantages fiscaux qu'elle n'accorde, conformément à la législation fiscale, qu'aux personnes physiques et aux sociétés résidant sur son territoire.

c) Dans la limite de leurs législations respectives, les Parties contractantes examineront avec bienveillance les demandes d'entrée et de séjour présentées par des personnes de l'une des Parties contractantes qui souhaitent entrer sur le territoire de l'autre Partie contractante au titre d'un investissement; il en est de même pour les salariés de l'une des Parties contractantes qui souhaitent, au titre d'un investissement, entrer sur le territoire de l'autre Partie contractante et y séjourner pour y exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail seront également examinées avec bienveillance.

4) *En ce qui concerne l'article 4*

Un droit à indemnisation existe également s'il y a eu une intervention de l'Etat dans l'entreprise qui est l'objet de l'investissement et que l'existence économique de celle-ci en a été considérablement compromise.

5) *En ce qui concerne l'article 7*

Est réputé effectué « sans délai » au sens du paragraphe 1 de l'article 7 un transfert effectué dans le délai normalement nécessaire pour accomplir les formalités de transfert. Ce délai court à partir de la présentation de la demande correspondante et ne peut en aucun cas dépasser deux mois.

6) Pour le transport des biens et des personnes effectué au titre d'un investissement, les Parties contractantes s'abstiendront d'exclure ou d'entraver la participation des entreprises de transport de l'autre Partie contractante et délivreront, lorsqu'il y a lieu, les autorisations nécessaires à l'exécution des transports. Sont visés les transports :

a) De biens destinés directement à l'investissement au sens du présent Traité ou acquis, sur le territoire de l'une des Parties contractantes ou d'un Etat tiers, par une entreprise ou pour le compte d'une entreprise où sont investis des biens au sens du présent Traité;

b) De personnes qui voyagent au titre d'un investissement.

FAIT à Bonn le 31 octobre 1991 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et albanaise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale  
d'Allemagne :

HANS-DIETRICH GENSCHER

Pour la République  
d'Albanie :

MUHAMET KAPLLANI

## ÉCHANDE DE NOTES

## I

LE MINISTRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES  
DE LA RÉPUBLIQUE D'ALBANIE

Bonn, le 31 octobre 1991

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur de vous informer que, pour favoriser la réalisation d'investissements par des ressortissants ou des sociétés de la République fédérale d'Allemagne sur le territoire de la République d'Albanie, le Gouvernement de la République d'Albanie appliquera provisoirement le Traité avant son entrée en vigueur, à compter de la date de sa signature.

La présente déclaration a pour but de permettre au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne de considérer la prise en charge de garanties pour des investissements en République d'Albanie dès avant l'entrée en vigueur du Traité.

Veuillez agréer, etc.

MUHAMET KAPLLANI

Le Ministre fédéral des affaires étrangères  
de la République fédérale d'Allemagne  
Hans-Dietrich Genscher  
Bonn

**II***Le Ministre fédéral des affaires étrangères*

Bonn, le 31 octobre 1991

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de la note du Gouvernement de la République d'Albanie en date du 31 octobre 1991 ainsi conçue :

[Voir note I]

Veuillez agréer, etc.

GENSCHER

Monsieur Muhamet Kapllani  
Ministre des affaires étrangères  
de la République d'Albanie

---

